

Antrag

Fraktion : GRUENE

Gremium	am	TOP	Beratungsstatus	Öffentlichkeitsstatus
Kreistag	16.12.2020		beschließend	öffentlich

**Betrifft: Einführung einer Kinder- und Jugendlichenjahreskarte
(Antrag der Fraktion GRUENE)**

Beschlussentwurf:

Der Kreistag beschließt:

1. Der Landkreis Dahme-Spreewald führt eine Kinder- und Jugendlichenjahreskarte ein, die die Nutzung aller Linien der RVS zu allen Tageszeiten erlaubt.
2. Der zum Erwerb berechtigte Personenkreis sind Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre.
3. Der Preis der Jahreskarte beträgt 120 € pro Jahr.
4. Für die Schülerbeförderung Berechtigte können durch zusätzliche Zahlung der Differenz zu 120 € die Jahreskarte (Schülerkartenaufstocker) erwerben, alle anderen (Vollzahler) zahlen den vollen Preis von 120 €.

Begründung:

Der Landkreis hat sich mehrfach, so auch im KEK dazu bekannt, die Mobilität seiner Bürger durch Nutzung des ÖPNV wie auch des Radverkehrs zu fördern und zu entwickeln. Zu diesem Zweck wird das Busangebot des RVS ständig verbessert und die Vernetzung der Linien verdichtet und optimiert. Leider liegt die Nutzung des Angebotes trotz erfreulichen Zuwachses noch immer weit unter den gewünschten bzw. erhofften Frequenzen. Aus dem vorliegenden Antrag sollen sich folgende positive Folgen ergeben:

- Die Schüler*innen werden zusätzlich motiviert, vorhandene Buslinien über den eng definierten Schülerzubringerverkehr von und zur Schule hinaus für sich zu entdecken, weil die Einzelfahrt im Rahmen des erworbenen Jahrestickets keine Extrakosten erzeugt
- Die Schüler*innen werden unabhängiger von elterlichen Transportleistungen
- Der Besuch von Klassenkamerad*innen für gemeinsames Lernen oder Freizeitaktivitäten wird – soweit dies die Verbindungen hergeben – erleichtert, ohne auf elterlichen Transport zurückgreifen zu müssen.
- Die Benutzung eines Busses kann damit für Jugendliche auch in der Freizeit stärker gängige Praxis und der Gebrauch eines Jahrestickets (auch späterhin) im besten Falle zur Gewohnheit werden.

- Um die gewünschte Lenkung auf die Busnutzung zu erreichen, soll sich der Schüler*innenjahresfahrausweis preislich am Eigenanteil zur Schüler*innenbeförderung entsprechend Schülerbeförderungssatzung orientieren, aber etwas höher kalkuliert sein, daher unser Vorschlag von 120 € / Jahr, also 10 € / Monat.

Den erhofften positiven Effekten stehen unserer Einschätzung nach eher geringe Mehrkosten gegenüber

- Es werden Busse genutzt, die ohnehin fahren, aber damit bessere Auslastung erhalten
- Den möglicherweise fehlenden Einnahmen für sonst zusätzlich gekauften Fahrscheine (ein absehbar geringer Betrag, da bisher zumeist Eltern mit dem Auto die Kinder transportieren) steht ein erhoffter gesellschaftlicher Gewinn der Umorientierung auf stärkere Busnutzung durch Jugendliche gegenüber. Auf lange Sicht kann der erhoffte Kundenzuwachs auch zu einer größeren Zahl an verkauften Tickets führen, wenn die heranwachsenden auf den ÖPNV orientiert werden.
- Mit dem preislichen Aufschlag gegenüber Kosten für den satzungsgemäßen Schülertransport sollen die Kosten des umfänglichen Zusatzangebotes und die ganzjährige Nutzung mitfinanziert werden.
- Für die nicht durch Wohnlage für Schülertransport Förderungsberechtigten entsteht mit der Jahreskarte ein attraktives alternatives Angebot, was die Nachfrage erhöhen und manchen Transport durch Eltern erübrigen kann.
- In Berlinnahen Gebieten werden Einzelfahrscheine und Zeitkarten auch für das RVS-Gebieten häufig in Berlin gekauft, dieser Einnahmenabfluss würde durch die Jahreskartenlösung verringert.

Lübben, 01.12.2020

Lübben, 01.12.2020

gez.

L. Treder-Schmidt
Fraktionsvorsitzender

gez.

A. Weigt
Fraktionsvorsitzende